Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt.

Amtsblatt.

Nr. 129. Sonntag, den 7. Juni 1903. 2. Beilage.

Die Sozialdemokratie in ihrem Verhalten zur Arbeiterversicherung u. Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die Sozialdemokratie rühmt sich gern, eine Arbeiterpartei zu sein. In gewissem Sinne ist das richtig, in anderem aber falsch. Richtig ist es insofern, als ihr ein großer Teil der industriellen Arbeiterschaft anhängt, und als sie nur in diesen industriellen Arbeitermassen ihren Halt findet, während andere Berufsstände sich im eigenen wohlverstandenen Interesse ebenso wie aus sittlichen Gründen ihr fernhalten.

Falsch ist es aber, sofern die Sozialdemokratie behauptet, sie allein sei die berufene Vertreterin der Arbeiter gegenüber allen anderen Ständen und deren feindlichen Interessen.

Ebenso falsch ist es, wenn man etwa annehmen sollte, die Sozialdemokratie habe eine besonders große Anzahl von Arbeitern oder aus dem Arbeiterstand hervorgegangener Personen unter ihren Führern. Auch das trifft nicht zu, weder in den Parlamenten, noch in der sonstigen Organisation.

Wenn nun auch richtig ist, daß die Sozialdemokraten mit schönen Worten für die Interessen der Arbeiter einzutreten scheinen, an den Taten lassen sie es fehlen, auch da, wo ihnen Gelegenheit gegeben ist, die Lage des arbeitenden Standes bessern zu helfen.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie ist eben eitel Heuchelei, die sie anwendet, um sich in den Arbeitermassen einen Rückhalt zu schaffen für den Kampf um die Macht, den sie in revolutionärer, hochverräterischer Weise plant. Sie will auch nicht die soziale Lage des arbeitenden Standes bessern, sie will keine Zufriedenheit in ihm aufkommen lassen, weil die Arbeiterschaft nur solange, als sie von den trügerischen Versprechungen der Sozialdemokratie etwas erhoffen kann, ihren Fahnen zu folgen bereit sein wird.

Deshalb hat sich die Sozialdemokratie auch als eine Gegnerin unserer sozialen Gesetzgebung erwiesen. Invaliden-, Unfall-, Krankenversicherung sind gegen ihren Widerspruch entstanden. Die ungeheuren Vorteile, welche aus diesen Gesetzen der deutschen Arbeiterschaft gegenüber derjenigen aller anderen Länder erblüht sind, hat die Sozialdemokratie zu hintertreiben versucht.

Lassen wir einmal die Zahlen reden:

Im Jahre 1901 waren etwa versichert

in der Invalidenversicherung	12 520 000	Personen,
„ „ Unfallversicherung	17 367 000	„
„ „ Krankenversicherung	10 500 000	„

Im Jahre 1902 wurden an Renten, Entschädigungen u. s. w. rund pro Tag 1,16 Million ausgezahlt, m. a. W. aufs Jahr

in der Invalidenversicherung	121 000 000	M.
„ „ Unfallversicherung	107 205 573	„
„ „ Krankenversicherung	206 000 000	„
Summa rund	434 000 000	M.

Die Beitragslast stellt sich rund wie folgt;

Arbeitgeber	230 800 000	M.
Arbeitnehmer	188 800 000	„
Reichszuschuß	35 700 000	„

Danach haben die Arbeitnehmer mehr empfangen als beigetragen:

198 200 000 M.

Auf den Kopf der Versicherten berechnet, beträg die Gesamtleistung

an Renten usw.	36,00	M.
„ Beiträgen	19,50	„
mithin unmittelbarer Vorteil	16,50	M.

Entschädigt worden sind im Jahre 1901:
5 310 277 Personen.

Was hat die Sozialdemokratie diesen Leistungen des von ihr geschmähten „Klassenstaates“ entgegenzusetzen?! Sie zetert zwar über die Beiträge, die der Arbeiter zahlt, sie sagt aber nichts von den Wohltaten der Versicherungsgesetze und erst recht nichts von den Beiträgen, die sie dem Arbeiter für Parteizwecke abnimmt, die dem Arbeiter doch nichts nützen, sondern höchstens den Herren Parteibeamten.

Ebenso verhält es sich mit dem Arbeiterschutz. Unsere Arbeiterschutzgesetzgebung verdankt ihre Entwickelung aus unbedeutenden Anfängen der hochherzigen Initiative unseres Kaisers, der alsbald nach seinem Regierungsantritt die internationale Arbeiterschutzkonferenz nach Berlin berief, aus deren Arbeiten das Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891 hervorging, das für die gewerblichen Arbeiter Sonntagsruhe, Schutz der Frauen und Kinder, Ladenschluß um 8 resp. 9 Uhr im Handelsgewerbe und andere Wohltaten einführte. An dem Ausbau dieser Gesetzgebung wird von den Regierungen und den bürgerlichen Parteien ununterbrochen und mit Erfolg gearbeitet, um das Los der arbeitenden Klassen besser und freier zu gestalten, dieselben in Bezug auf Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und Wohlbefinden immer mehr zu schützen, während die Sozialdemokratie entweder den Arbeitern Hindernisse zu bereiten sucht oder doch untätig beiseite steht.

Bekannt ist, daß noch im März d. J. ein neues Kinderschutzgesetz geschaffen worden ist, daß die Wohnungsfrage energisch ihrer Lösung zugeführt wird, daß man ein Reichsarbeitsamt zur Kontrolle aller die Arbeiter berührenden Fragen geschaffen hat, daß Erhebungen über weitere Einschränkung der bereits auf 11 Stunden als Höchstmaß festgesetzten Frauenarbeit in Fabriken vom Reichskanzler betrieben werden.

Die Frauenarbeit in Fabriken bietet übrigens ein klassisches Beispiel für die sozialdemokratische „Arbeiterfürsorge“.

Während nämlich nach den sonstigen schönen Redensarten die Sozialdemokraten für Ausschließung der Frauen aus der Fabrik sein müßten, schon deshalb, um dem Mann die lohndrückende Konkurrenz von der Seite zu nehmen, haben ihre Vertreter auf dem internationalen Kongreß für Arbeiterschutzgesetz in Zürich 1897 und bei anderen Gelegenheiten den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Warum? darüber hat sich auf jenem Kongreß einer ihrer Vertreter wie folgt ausgesprochen:

„Die Auffassung und das Denken der dem Kapital fröhnenden Proletarierin wird schneller und gründlicher revolutioniert, als die Auffassung und das Denken der Frau, die nicht unmittelbar in dem Bannkreis des modernen Wirtschaftslebens steht. Die berufstätige Frau wird deshalb leichter zur bewußten Klassenkämpferin wie die Nichts-als-Hausfrau.“

Ist das nicht eine brutale, unmenschliche Politik, die höhnisch aus diesen Worten spricht: das Wohl der Frauen und damit das Wohl ganzer Generationen ist den Herren gleichgültig, wenn nur die Partei blüht, wenn nur die Massen revolutioniert, verbittert, verhetzt werden! . . .

Doch genug, wir haben Tatsachen reden lassen. Möchte jeder, der noch selbständig urteilen kann, durch sie über die erheuchelte „Arbeiterfreundlichkeit“ der Sozialdemokratie sich aufklären lassen.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 5. Juni 1903.

— Die **Kaiser-Manöver** in diesem Jahre werden, wie wir berichten können, nach folgender Zeiteinteilung abgehalten: Am 30. und 31. August Paradetafel des 11. Armeekorps, bezw. Provinztafel für Hessen Nassau in Kassel, ferner am 31. August Parade des Gardekorps bei Berlin. Am 1. Septbr. trifft der Kaiser in Dresden ein, am 2. Septbr. findet Parade des 12. Armeekorps bei Zeithain statt, der Kaiser reist nach Merseburg, und am 3. Septbr. von dort nach Erfurt. An diesem Tage Parade des 6. Armeekorps bei Erfurt, darauf Rückreise nach Merseburg und dortselbst am 4. Septbr. Parade des 10. Armeekorps. Am 5. Septbr. kommt der Kaiser nach Leipzig und wohnt der Parade des 19. Armeekorps bei. Der 6. Septbr. ist Ruhetag; Kriegsmärsche und Feldmanöver füllen die Tage vom 7. bis 11. Septbr. aus.

— Beachtenswert! Der Berliner Polizeipräsident erläßt eine Bekanntmachung über die Bedeutung der Invalidenversicherung für den gewerblichen Mittelstand. Im Eingange heißt es: „Bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, in der sich viele kleine Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer befinden, weil ihr ganzer Lebensunterhalt und der ihrer Familie im wesentlichen auf ihrer eigenen Arbeitskraft beruht, ist es sehr zu bedauern, daß diese Personen nur selten von der im § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes vorgesehenen Befugnis zur freiwilligen Versicherung Gebrauch machen.“

— Die am 1. Juli 1903 fälligen Zinsscheine der Hypothekenpfandbriefe Serie II, III und IV der **Sächsischen Bodenkreditanstalt in Dresden** werden nach einer im Inseratenteil unserer vorliegenden Nummer befindlichen Bekanntmachung bereits vom 15 Juni d. J. ab bei sämtlichen Pfandbrief-Verkaufsstellen kostenlos eingelöst.

— **Glauchau,** 5. Juni. (Bezirksausschußsitzung.) In der am 3. Juni abgehaltenen 3. diesjährigen Bezirksausschußsitzung fanden — meistens bedingungsweise — Genehmigung: die Schankerlaubnisgesuche Emil Oskar Türschmann's in Langenberg, Richard Franke's in Mülsen St. Jacob, Hermann Otto Lorenz's in Gesau, Emil Traugott Zierold's in Rüsdorf, Friedrich Otto Heinig's in Niederlungwitz, Karl August Kunath's in Callnberg (Kaffeeschank), Otto Richard Friedrich's in Oberlungwitz, Louis August Wagner's in Hohndorf, Friedrich Wilhelm Weise's in Oberlungwitz, Emil Max Grünberger's in Rothenbach, Richard Max Röhner's in Oberlungwitz (im bisherigen Umfange) und Paul Sturm's in Gersdorf (für den Garten). Dagegen wurden mangels Bedürfnisses und aus sonstigen Gründen abgelehnt: die Gesuche Karl Otto Dietel's in Oberlungwitz um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein, Friedrich Wilhelm Zesch's in Oberlungwitz um Schankerlaubnis für eine sogenannte Kutscherstube Richard Max Röhner's in Oberlungwitz und Julius Heyder's in Mülsen St. Niclas um Erlaubnis zur Veranstaltung von Singspielen, Paul Sturm's in Gersdorf um Erlaubnis zum Beherbergen, der verehelichten Richter geb. Ermer in Gesau um Schankerlaubnis pp. für das Gasthofsgrundstück „Weißer Adler“ in Gesau. Ferner beschloß der Bezirksausschuß, mit dem Erlasse der Enteignungsverordnung in Sachen des von der Gemeinde Hermsdorf beantragten Enteignungsverfahrens zu Straßenbauzwecken Einverständnis zu erklären. Im weiteren Verlauf der Sitzung machte sich der Bezirksausschuß noch über eine Anzahl Gesuche um Freistellen im Frauen- und im Kindergenesungsheim des Bethlehemstiftes im Hüttengrunde, sowie in den Anlagen-Rekurssachen des Elektrizitätswerkes zu Oberlungwitz, der Flora verehelichten Mitscherling in Langenchursdorf, ebenso hinsichtlich der Verordnungen des Königlichen Ministeriums des Innern, Maßnahmen zur Vertilgung der Ackerdistel und Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke betr., schlüssig, erledigte auch die erforderlichen Ersatzwahlen von Sachverständigen zum Bezirksschätzungsausschuß für die staatliche Schlachtviehversicherung und für die Viehseuchenkommissionen und die Wahl von Ausschußpersonen für die Unterverteilung der nach § 16 des Kriegsleistungsgesetzes etwa auszuschreibenden Landlieferungen.

— **Meerane,** 4. Juni. Gegenwärtig ist man mit den Installationsarbeiten der für unsere Stadt herzustellenden elektrischen Feueralarm-Anlage beschäftigt. Dieselbe, welche nach jedem Stadtviertel ausgedehnt wird, und an die eine Anzahl Feuerwehrleute der Freiwilligen Feuerwehr angeschlossen werden, wird in nächster Zeit fertiggestellt sein, sodaß dann bei einem ausbrechenden Feuer die Alarmierung der Feuerwehr nicht mehr wie bis jetzt durch das laute Signalblasen, sondern mittels dieser elektrischen Klingelanlage erfolgt, auch dann unsere Einwohner weniger erschreckt, ja von kleinen unbedeutenden und in anderen Stadtteilen ausbrechenden Feuern sogar wohl kaum etwas gewahr werden, denn sobald Feuer gemeldet wird, werden von der Zentrale aus, die sich in der Nachtwache des Rathauses bez. Stadthaus II befindet, die angeschlossenen Feuerwehrleute alarmiert, indem die betr. Anlage durch einen Druck oder eine Drehung, wie bei dem Telephon, in Funktion gesetzt wird, worauf bei allen Feuerwehrleuten zu gleicher Zeit das daselbst angebrachte Läutewerk ertönt. Diese Leute sind gehörig instruiert und wissen dann genau, wo sie hin zu eilen haben. Nur bei größeren gefahrvollen Feuerausbrüchen wird man wohl nach wie vor bei Alarmierung der Feuerwehr die Signalhörner mit zu Hilfe nehmen, da hierdurch auch dem Publikum angezeigt wird, daß es sich um den Ausbruch eines größeren Schadenfeuers handelt.

— **Oetzsch,** 5. Juni. Auf der Koburger Straße zwischen Oetzsch und Gautzsch wurde heute nachmittag 4 Uhr ein Radfahrer von einem Automobilisten überfahren und lebensgefährlich verletzt. Der Zusammenstoß erfolgte in dem Augenblicke, wo der Automobilist einem Steinwagen ausweichen wollte. Der Radfahrer wurde nach der Spinnerei Gautzsch transportiert, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zu teil wurde.

— **Leipzig.** Einer der jüngsten Mitglieder der Lehrercötus der Landesuniversität, Prof. Dr. Sager ist im Alter von 39 Jahren einem Gehirnabszeß erlegen, welchen er sich in Ausübung seiner medizinischen Funktionen als Prosektor des Herrn Geheimrat Prof. Marchand zugezogen hatte. Der junge Gelehrte, welcher als ein Opfer seines Berufs gelten darf, wird allgemein bedauert — Am heutigen Tage begannen die Festlichkeiten aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Burschenschaft „Dresdensia“. Das Festkonzert findet am Mittwoch statt — Binnen wenigen Tagen haben sich hier auf ergangene öffentliche Aufforderung mehr als 700 angesehene Bürger der Protestbewegung gegen ungebührlich hohe Einschätzung zur Einkommensteuer gegenüber ihrer Eigendeklaration angeschlossen. — Einen glatten „Reinfall“ hat hier der amerikanische Kapellmeister Sousa (Komponist der „Washington-Post“ usw.) erlitten, der es unternahm, im Vertrauen auf sein Prestige, das Publikum zu zwei Konzerten im geschlossenen Raume zu laden. „Bei der Hitze!“ Auf dem Podium saßen denn auch mehr Menschen wie vor demselben!

— **Leipzig.** Die hiesige Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, jur. Person, will bei dem Deutschen Bund für Handel und Gewerbe beantragen, daß bei der Reichspost dahin gewirkt werde, den von Geschäftsleuten mit der Abholung von Paketen und so weiter beauftragten Personen Legitimationskarten auszustellen und die Pakete usw. nur den Inhabern dieser Karten zu verabfolgen.

— Der verstorbene, früher in **Leipzig** wohnhafte gewesene Rechtsanwalt Reichel hat der daselbst bestehenden Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter 50,000 Mk. letztwillig vermacht. Die Summe wurde jüngst dem Vereine vom Testamentsvollstrecker ausgezahlt. Die Vereinigung hat in Stötteritz eine Erholungsstätte begründet, in der 40 kranke Arbeiter untergebracht sind.

— **Pirna,** 29. Mai. Einer alten Gewohnheit muß man hier jetzt wohl oder übel entsagen, da auf Antrag des Schlachthof-Tierarztes vom Rate beschlossen worden ist, die Vornahme von Hausschlachtungen im Stadtbezirke vom 1. Oktober an zu untersagen. Grund dazu ist die heute im hiesigen „Anzeiger“ gegebene amtliche Erläuterung, daß sich die Fleischbeschau bei den Hausschlachtungen wegen der gleichzeitig notwendigen Anwesenheit des Schlachthof-Tierarztes im Schlachthofe nicht mehr durchführen läßt.

— Aufzulösen beabsichtigt sich die mit dem Sitze in **Markneukirchen** bestehende Innung der Klempner, Glaser, Schlosser und Böttcher. Mit Ende Juni d. J. hört auch die Bogenmacher-Zwangs-Innung zu bestehen auf.

— **Auerbach,** 29. Mai. Ein bezeichnender Konkurs ist das Falliment der Firma C. A. Hockel u. Co. in Auerbach i. V. Die Firma, deren Schuldenstand 260,000 M. beträgt, wurde 1889 mit einem Barkapital von ca. 1000 M. gegründet. Bei einem Durchschnittsumsatz von ca. 45,000 M. haben die Firmeninhaber für sich und ihre Familie ca. 15,000 Mark verbraucht, während der Reingewinn nur ca. 6000 Mk. im Durchschnitt betrug. Das jährliche Defizit wurde durch Kellerwechsel gedeckt, so liefen bei Ausbruch des Konkurses ca. 50000 M. derartiger Wechsel, während der Warenumsatz nur ca. 40—45000 M. betrug. Gültige Bilanzen hat die Firma nie gezogen und ca. 1½ Jahre überhaupt keine Bücher geführt. Die nicht bevorrechtigten Gläubiger bekommen nichts, während ca. 2000 M. bevorrechtigte Gläubiger mit ca. 50 Prozent abgefunden werden. Als Unikum mag dienen, daß die Firmeninhaber, welche nun mehrfach zum Offenbarungseide geladen sind, noch kurz vor dem Konkurse versuchten, die Königin Carola anzuborgen, resp. durch deren Vermittelung die Hofdamen anborgen wollten, und, nachdem sie nach ca. 8 Tagen auf ihr Gesuch ohne Antwort blieben, dringend um Geld baten, da sie es notwendig gebrauchten. Bei dem Borgversuch soll es sich um 100000 Mark gehandelt haben. Gegen Hockel-Lorenz ist von der Staatsanwaltschaft Strafuntersuchung eingeleitet.

— **Veterinärwesen.** Aus dem amtlichen Bericht der Kommission für das Veterinärwesen über die in der Zeit vom 16. bis mit 31. Mai 1903 im Königreich Sachsen konstatierten ansteckenden Tier-Krankheiten entnehmen wir, daß in der Amtshauptmannschaft Glauchau 1 Fall von Milzbrand, in Oberwinkel und 1 Fall von Tollwut in Glauchau vorgekommen ist. Im ganzen Königreich Sachsen wurde 18 mal Milzbrand, und 2 mal Tollwut festgestellt.

— **Falkenstein,** 2. Juni. An den Pfingstfeiertagen kam von der Kanzel unserer Kirche ein Beschluß des Kirchenvorstandes zur Verlesung, wonach von jetzt an unsere Kirche auch während der Wochentage geöffnet ist. Ferner wurde die Bestimmung des Regulativs unserer Kirchenordnung in Erinnerung gebracht, daß bei Trauungen der Altarteppich und Traukissen nur Jungfrauen zur Verfügung stehen soll und daß seitens der Teilnehmer an Leichenbegängnissen der nötige religiöse Takt bewahrt und nicht Anlaß zu öffentlichen Aergernissen gegeben werde, wie dies wiederholt vorgekommen sei. Namentlich soll das Spenden von Bier seitens der Angehörigen nach der Beerdigung an Teilnehmer des Leichengefolges am Tage der Beerdigung unterbleiben.

Leipzig, 5. Juni. (Die Kaiserliche Disziplinarkammer zu Leipzig) tagte am Freitag unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Hagen, um über die Dienstentlassung des in Chemnitz geborenen, zuletzt in Leipzig angestellten Postdirektors Karl Adolf Knoblauch Beschluß zu fassen. Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, wurde Knoblauch am 14. Februar dieses Jahres wegen Veruntreuung und Fälschungen im Amte vom Schwurgericht Leipzig unter Anrechnung von 10 Monaten der Untersuchungshaft zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vertreter der Anklage, Landgerichtsdirektor Dr. Maukisch, stellte heute den Antrag, gegen Knoblauch auf Entfernung aus dem Amte durch Dienstentlassung zu erkennen. Die Disziplinarkammer entsprach diesem Antrage, beließ Knoblauch aber zweidrittel des gesetzmäßigen Pensionsbetrages auf die Dauer von 5 Jahren.

Olbernhau. Infolge Blitzschlages brannte in Blumenau die dem Tischlermeister Becher gehörige Scheune mit bedeutenden Heu-, Stroh- und Holzvorräten, sowie landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten völlig nieder. — In Einsiedeleisenhammer wurde das zum Hammer gehörige Wohnhaus ein Raub der Flammen.

Klingenthal. Der Speditionsarbeiter Rudolf Dotzauer ist auf dem Heimwege von Markhausen hierher in der Nacht zum 3. Juni von 2 Männern überfallen und durch zahlreiche Messerstiche lebensgefährlich verletzt worden. Dotzauer, ein kräftiger junger Mann ist dadurch wehrlos gemacht worden, daß man ihm beide Handgelenke durchschnitten hat. Der hiesige Arzt stellte 6 tiefe Messerstiche im Rücken fest. Dotzauer wurde in hoffnungslosem Zustande in das Königl. Krankenstift Zwickau geschafft. Die ruchlosen Attentäter entkamen über die Grenze.

Eine neue Meldung besagt: Die Messerhelden, welche in der Nacht zum Mittwoch den Kutscher Rudolf Dotzauer von hier in bestialischer Weise mißhandelten und verletzten, sind ermittelt worden. Es sind zwei in Klingenthal beschäftigte Tambourierer namens Oswald Langhammer und dessen Vetter Franz Langhammer, beide aus Schwaderbach gebürtig. Der erstere war über die Grenze nach Böhmen geflüchtet; in Eibenberg ist er von der Gendarmerie verhaftet worden. Dem anderen Täter ist man ebenfalls auf der Fährte. Die Verletzungen des Dotzauer sind schrecklicher Art; der Bedauernswerte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Er hat allein in den Rücken 13 Stiche erhalten, davon drang einer in die Lunge, ein anderer in den Unterleib, wobei ein Darm erheblich verletzt wurde.

— **Dresden.** Das königliche Hoflager ist nunmehr im Lustschloß Pillnitz installiert. König Georg bewohnt das sog. Wasserpalais und empfängt daselbst demnächst den Besuch seiner Schwester, der Herzogin-Witwe von Genua.

— Ein Mann, der seine Abstammung nicht vergaß, war der in **Dresden** verstorbene Großkaufmann Moritz Hugo Teichmann. Er hat unter anderem 72 000 M. hinterlassen, wovon die Zinsen den Witwen von Steueraufsehern und Gendarmen zugute kommen sollen. Der Verstorbene war nämlich selbst der Sohn eines Steueraufsehers und Gendarms.

— Bei Eröffnung der vorjährigen Rebhühnerjagd (im September 1902) schoß auf **Irchwitzer** Revier ein unvorsichtiger Jäger den Weber Johann Martin aus Irchwitz in den Kopf. Obwohl die Schußwunden verheilten, hatte Martin doch andauernd Schmerzen zu erdulden und jetzt ist der Bedauernswerte sogar auf dem linken Auge erblindet. Die nun in Anwendung kommenden Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes dürften für den unvorsichtigen Jäger sehr empfindlich werden.

— Ueberall in **Thüringen** wird auf eine außerordentlich reiche Kirschenernte gerechnet, wenn nicht Unwetter den reichen Kirschenanhang zu nichte machen. Weniger befriedigend sind die Aussichten auf Birnen und Aepfel. Die letzteren haben übrigens in diesem Jahre

SLUB
Wir führen Wissen.